

Die Hoffnung heißt Germanija

Es war Helmut Kohls größter politischer Erfolg: Sowjetpräsident Michail Gorbatschow bescherte dem Kanzler die volle Souveränität des künftigen Deutschland samt

Nato-Zugehörigkeit. Doch können die Deutschen den Erwartungen der Sowjetunion genügen, ist die Symbiose mit einem sozialistischen Trümmerfeld bekömmlich?

Jedenfalls rechnet Deutschland auf uns nicht als auf seine zeitweiligen, sondern als auf seine ewigen Bundesgenossen.

FJODOR DOSTOJEWSKI

Territorialeinheiten der deutschen Bundeswehr rücken noch 1990 bis an die Oder-Neiße-Grenze, vorbei an den sowjetischen Garnisonen im Lande.

Die Sowjetarmisten sind in drei, vier Jahren wieder zu Hause, genau 50 Jahre nachdem sie deutschen Boden betraten. Jetzt helfen die Deutschen ihnen, sich auf bürgerliche Berufe umzuschulen, und bauen ihnen Wohnungen in der UdSSR.

Kampflos hat Moskau sein Paradestück, den „Ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der deutschen Geschichte“, preisgegeben. Die westlichste Bastion des Sowjetlagers hat noch 131 Tage zu leben, dann ist sie verschwunden – wie das panzerrasselnde Machtinstrument des Blocks, der Warschauer Pakt.

Auch der Kalte Krieg ist zu Ende, eine neue Kräfte-Konstellation tritt an die Stelle des Ost-West-Konflikts, dessen Opfer das zerteilte Deutschland war – obwohl es ihn nutzte für den Aufstieg beider Hälften vom Nullpunkt zum höchsten Lebensstandard in ihrem jeweiligen Lager.

„Deutschland sollte, so lautete der 1945 nach seinem Schöpfer benannte Morgenthau-Plan, zu einem Agrarland herabgestuft werden“, erinnerte die Wiener AZ. Jetzt sei es, zusammen mit den USA, der „Sieger“.

Der 16. Juli, an dem Kanzler Helmut Kohl nach seinem Totalausgleich mit Michail Gorbatschow aus dem Kaukasus zurückkam, konnte symbolträchtiger nicht sein: Es war der Vorabend des 45. Jahrestages der Eröffnung der Potsdamer Konferenz. Welcher Weg von 1945, aus der seit dem 30jährigen Krieg größten nationalen Katastrophe der Deutschen, bis zu diesem Höhenflug des Jahres 1990!

45 Jahre nach seinem Untergang wird der deutsche Nationalstaat wiedererstehen, unter definitivem Verlust eines Viertels seiner vorherigen territorialen

Ausdehnung zwar, aber doch in voller Souveränität und, wichtiger noch, im Einklang mit den Kriegsgegnern von damals, besonders dem am schwersten zu versöhnenden, der Sowjetunion.

Noch in derselben Woche verschwand dank der deutschen Grenzgarantie für Polen auf der Pariser „Zwei plus Vier“-Konferenz das Schreckgespenst eines Friedensvertrages mit Reparationsforderungen aus allen Himmelsrichtungen gegen Deutschland.

Da Gorbatschow und Kohl im Kaukasus nächstens über Bismarck sprachen, drängte sich ein Vergleich mit der Reichsgründung von 1871 auf. Im Schloß von Versailles proklamiert, das laut Fassaden-Inschrift „A toutes les gloires de la France“ gewidmet ist, war der Bismarckstaat von Geburt an mit der Feindschaft Frankreichs belastet und blieb bis zu seinem Ende im Ersten Weltkrieg ein militärisch geprägtes Obrigkeitsgebilde – großmannssüchtig und politisch rückständig gegenüber den Demokratien des Westens.

Diesmal entsteht ein geeinigtes Deutschland in Harmonie mit den alten Demokratien des Westens, institutionell mehrfach mit ihnen verbunden und als Partner hoch geschätzt. Und die Völker Osteuropas erwarten von diesem Deutschland Hilfe beim Abräumen des gigantischen Trümmerfeldes, das der Sozialismus zwischen Magdeburg und Wladiwostok hinterlassen hat.

Das Kriegsende mit der Sowjetunion zu besiegeln, schafften die Deutschen allein – die USA, Vormacht des Westens, waren nicht zugegen. Die Bundesrepublik schien an ihre Stelle getreten, Briten und Franzosen brauchten alle Kraft, angesichts der deutschen Höchstform die Contenance zu wahren.

Und dennoch hatten die Deutschen guten Grund, sich von der Größe der Stunde noch weniger fortreißen zu lassen als beim jähen Fall der Mauer im vorigen November. „Wir haben Fortüne gehabt“, bemerkte ein bescheidener Kohl auf dem Rückflug.

Deutschlands Fortüne:

▷ Ohne den globalpolitischen Friedensschluß zwischen den beiden Supermächten wäre die deutsche Einigung keinen Schritt vorangekommen.

▷ Ohne das Debakel des Kommunismus in Osteuropa hätte Moskau seine Kriegsbeute von 1945 niemals herausgegeben.



Partner Gorbatschow (M.), Kohl im Garten

▷ Ohne Gorbatschow hätte die Sowjetführung die Erkenntnis, daß nur Liquidation noch helfen kann, vermutlich erst in Jahren gewonnen, vielleicht aber auch nie.

Der Mann, der Rußland aus Unmündigkeit und Rückständigkeit in die Weltzivilisation führen möchte, sucht bei den Deutschen die entscheidende Hilfe für seine Perestroika: in einem „Generalvertrag“ (so hieß der alliierte Akt, der Westdeutschland 1952 die Halbsouveränität gewährte) über wirtschaftlich-wissenschaftliche Kooperation samt einem „Nichtangriffspakt“.

Die Wirtschaftskraft der EG-Führungsmacht in Verbindung mit dem bislang nachhaltig verschleuderten Potential der Sowjetunion – dem Überfluß an Rohstoffen und bebaubarem Boden sowie mit Wissenschaftlern von Weltniveau und 80 Millionen Arbeitern, denen die Kommunisten mindestens Grundschulbildung angedeihen ließen. Kein Wunder, daß eine solche Perspektive auch beklommen macht.

Sind die Deutschen politisch reif und wirtschaftlich stark genug, dieser Aufgabe zu genügen? Werden sie ihr Engagement zu sehr dem Osten als ihrem künftigen riesigen Entwicklungsland zuwenden? „Wenn Deutschland und Rußland einander wärmen, fangen andere Staaten zu frösteln an“, warnte der britische *Economist* vorige Woche.

Ein wenig unvermittelt wuchsen die Deutschen überlebensgroß zu Weltmeistern der Zeitgeschichte, empfangen sie, zum Staunen der Welt, in ihrem Glücksjahr 1990 alles auf einmal: das Ende der Teilung ihres Staates und zum Bündnis mit der stärksten Macht der Erde nun auch noch die Freundschaft mit der zweitstärksten.

Der Mann im Kreml, soeben von seinem zunächst feindseligen, dann willfährigen Parteitag wieder zum Chef gewählt, schenkt Deutschlands Einheit in Freiheit einem Adenauer- oder gar Bismarck-Enkel aus der südwestdeutschen Provinz, auf den eher zutrifft, was Rußlands Chruschtschow einst über den sozialdemokratischen Weltmann Carlo

Schmid gesagt hatte: „Gospodin Großgermanien“.

Westdeutschlands Kanzler hat sein eigenes schwaches Image einfach ausgesessen und dann große Politik gemacht, mit Instinkt für die Gunst der Stunde. Der „Wunderkohl“, so der *Economist*, betrieb seit vorigen Dezember beharrlich und ohne einen ersten Fehler die Vereinigung der beiden deutschen Staaten fast im Alleingang.

Der Russe hatte dem Deutschen längst den verletzenden Goebbels-Vergleich von 1986 verziehen, jetzt ging es um Interessen. Der Kanzler berichtete, sein Partner habe sich gefragt: „Wie komme ich zu was?“ Die Antwort sei zwingend gewesen: „Er weiß, daß alle Wege nach Europa über Berlin und die deutsche Einheit führen.“

Schon sehr bald, in dem ersten Vier-Augen-Gespräch mit seinem Bonner Gast in Moskau, machte Gorbatschow deutlich, daß er nicht vorhatte, diesen deutsch-sowjetischen Gipfel zu einem Gezerre um alte Rechtspositionen schrumpfen zu lassen. Der Präsident nahm – entgegen dem Ritual früherer Duelle – das Ergebnis vorweg: Die Sowjetunion sei bereit, die Viermächterechte für Deutschland und Berlin abzulösen, und gewähre dem einstigen Kriegsgegner die volle Souveränität.

Auf dem Flug von Moskau in seine Heimat Stawropol im Kaukasus hatte sich Gorbatschow mit Kohl ins Heck des komfortablen Präsidentenjets – Bett und Salon für jeden Minister – zurückgezogen. Kohl spielte seine „Trumpfkarte“ (ein Kanzlervertrauter) aus: Ohne lange Diskussion bot er die Reduzierung der gesamten deutschen Bundeswehr auf 370 000 Mann an.

Bislang stehen bei der Bundeswehr 480 000, bei der Nationalen Volksarmee noch 100 000 Mann im Sold. Die künftige Höchststärke sollte nach dem Willen von Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg erst im Herbst bei der Unterzeichnung eines ersten Wiener Abkommens über Truppenabbau genannt werden. Kohl in neudeutscher Souveränität: „Da frage ich doch keinen mehr.“

Für Gorbatschow war diese deutliche Verringerung symbolhaft: Nur so meinte er bei politischen Gegnern, aber auch bei besorgten Sowjetbürgern Verständnis dafür zu finden, daß die östli-

* Mit Genscher, Sprecher Klein, Waigel, Raissa Gorbatschowa, Sowjetfinanzminister Pawlow, Schewardnadse am vorigen Montag.



der Kaukasus-Datscha*: „Wir haben Fortüne gehabt“

Kein Bismarck, kein Ribbentrop

RUDOLF AUGSTEIN

Man kann von Glück sagen, daß Michail Gorbatschow und Helmut Kohl sich in einem Ort namens Schelesnowodsk getroffen haben. Der Name birgt Schwierigkeiten für die Zunge, so daß man dem Gespenst dieses Ortes in Zukunft wohl erheblich seltener begegnen wird als dem von Rapallo in der Vergangenheit.

In jenem damals noch lieblichen Städtchen an der italienischen Riviera hatten 1922 die nach dem Ersten Weltkrieg von der Völkergemeinschaft geächteten Underdogs Deutschland und Sowjetunion eine recht harmlose Übereinkunft getroffen – allerdings ohne die anderen Teilnehmer der Weltwirtschaftskonferenz von Genua, unter ihnen Englands Premier Lloyd George, zu verständigen. Als Hitlers Außenminister Ribbentrop dann 1939 nach Moskau flog, um weniger Harmloses zu vereinbaren, fühlte die Welt sich an Rapallo erinnert.

Die Bedeutung des jetzigen Treffens im Kaukasus kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Es stimmt zwar, daß die Deutschen „fast auf einem silbernen Tablett bekommen, was zu begehren sie sich kaum noch getraut hatten“, so Ernst-Otto Maetzel in der *Frankfurter Allgemeinen*; gleichwohl kann man von einem „insgesamt überwältigend guten Gelingen“ sprechen, wie es vor einer Woche noch niemand erwartet hatte, selbst Kohl und Genscher nicht.

Beide haben, aneinandergekettet, die Straße erst pflastern müssen, auf der sie nun als Tandem ins Ziel kamen. Wer sich mehr abgerackert hat, ist eine müßige Frage. Aber wie gewieft von Kohl, den CSU-Vorsitzenden Waigel seinerzeit zum Finanzminister zu machen. Denn wenn jetzt tatsächlich Berge versetzt wurden, war einer aus Gold dabei.

Den Löwenanteil an Lob heimst naturgemäß der Kanzler ein, dem von *Le Monde* „Triumph der Kühnheit“ bescheinigt wird, als sei er ein zweiter Georges Danton. Und *Le Monde diplomatique* gesteht ihm „höchstes Geschick“ zu und spricht sogar von einem „de Gaulleschen Vorgehen“. Gemeint ist Kohls Fähigkeit, wirtschaftliche Erwägungen politischen Zielen unterzuordnen. Denn, so Charles de Gaulle, „die Intendantur folgt nach“.

Kohl muß ganz blüherant zumute werden, wenn er sich als „Force tranquille“, als stille Kraft, gefeiert sieht. Mehr Ruhm kann man als deutscher Kanzler nicht ernten, auch wenn die Präsidenten Bush und Gorbatschow sowie die beiden Außenminister Schevardnadse und Genscher kräftig mitgeholfen haben.

Niemand konnte ihm die Entscheidung abnehmen, ob er nach dem Fall der Mauer auf den abfahrenden Zug aufspringen und das Tempo beschleunigen sollte; niemand, ob er sich souveräne Rechte herausnehmen durfte, die ihm erst noch gewährt werden müßten.

Riskante, kritikwürdige Entscheidungen, aber alles hat funktioniert. Der gaullistische *Quotidien de Paris* schwärmt denn auch neidlos vom Meisterstück Kohls und warnt unter der triumphierenden Überschrift „Deutschland ist frei“ ausdrücklich vor Vergleichen mit Bismarck und Ribbentrop.

Dem jetzt soviel Anerkennung widerfährt, er steht auf der Beliebtheitskala in diesem Land keineswegs oben an. Er gilt als taktlos und tölpelhaft und verhält sich auch häufig so. Er ist vielen unsympathisch, beschreitet gern Gemeinplätze und kann sich schlecht artikulieren. Aber ein Politiker muß ja nicht beliebt sein. Er darf auch rempeln und seine Gegner zur Seite drücken.

Wie aber, wenn es Kohl allein darum ginge, im Amt zu bleiben? Interessiert er sich nur für die Innenpolitik, vor allem für Wahlen? Dazu Klaus Hartung in der *Tageszeitung*: „Kanzler Kohl hat trotz seines Erfolges nicht einen Moment gezeigt, daß er politisch mehr im Kopf hat als die Wahlkampfaktik. Ideen zu einer mitteleuropäischen Politik sind nicht da.“

Nun gibt es viele Politiker, die politisch nicht mehr im Kopf haben als die Wahlkampfaktik. Doch bei Kohl, wie übrigens schon bei Adenauer, stimmt das allein so nicht. Er hat mit überzeugender Energie die europäische Einigung vorangebracht und hätte sich ohne dieses Pfund in den westlichen Hauptstädten gar nicht sehen lassen können.

Es stimmt, daß er keine Ideen zu einer mitteleuropäischen Politik hat. Aber braucht er die? Es gibt doch schon zu viele davon. Und überhaupt ist es ein Irrtum zu meinen, ein Politiker müsse vor Ideen nur so überquel-

len. Er braucht einen oder zwei Grundsätze, an denen er festhalten muß. Das war bei Lincoln der Fall, bei Adenauer, bei Brandt und auch bei de Gaulle.

Bismarcks Kunststücke lassen wir am besten beiseite, im Guten wie im Bösen. Er hat mehr getan, als das Parallelogramm der Kräfte kunstgerecht vollstreckt, mehr als seine heutigen Vergleichspersonen. Auch wurde ihm die deutsche Einheit nicht auf einem „silbernen Tablett“ dargeboten.

Doch auch dieser Meisterjongleur (sein Bild vom Mantel der Geschichte, dessen Zipfel es zu ergreifen gilt, wird derzeit wieder arg strapaziert) bekannte, man dürfe sich nicht allzu sklavisch an Grundsätze klammern. Das hieße, mit einer langen Stange im Mund durch einen dichten Wald laufen. Ohnehin würde man die Richtung nur ahnen und nie wissen, auf welcher Lichtung man wieder herauskäme. Von dieser Furcht kann die heutige deutsche Staatskunst sich frei fühlen.

Aber Einwände gibt es noch, von verständlichen Ressentiments abgesehen. Sie nähren sich aus der Vorstellung, Europas wirtschaftliche Vormacht stehe in einer „special relationship“ zur immer noch stärksten Militärmacht des Kontinents. Hier muß die Kirche wieder ins Dorf.

Für lange Zeit wird das neue Deutschland nicht stärker sein als die jetzige Bundesrepublik, weil sie immense Summen in die bisherige DDR pumpen muß. *Il Giornale* aus Mailand meint sogar, ohne die gleichzeitige westeuropäische Integration würde Bonn die Bürde auf Jahre hinaus gar nicht tragen können. Nahezu komisch klingt, was unser alter Freund Portugalow, Deutschlandexperte im Kreml, befürchtet:

Wird es dem geeinten Deutschland, diesem Koloß, gelingen, mit der harten Mark zu vollbringen, was Hitler mit Feuer und Schwert nicht erreichen konnte?

Aber Nikolai Sergejewitsch, ihr könnt doch von unserer harten Mark gar nicht genug kriegen, obwohl sie allein euch auch nicht retten kann! Das Baltikum und die Ukraine wollen sich nicht Deutschland anschließen, sondern streben von der Zentralgewalt in Moskau fort. Von uns könnt ihr allenfalls Geld erwarten, das ihr von den anderen nicht

bekommt, wenn ihr eure Wirtschaft nicht umkrempelt. Für euch gilt das böse Wort: Ausgebeutet zu werden ist besser, als nicht ausgebeutet zu werden.

Warum ist die *Neue Zürcher Zeitung* trotz Kohl und Lafontaine, trotz Nato und EG immer noch über den Kurs besorgt, den ein vereintes, mit voller Souveränität ausgestattetes Deutschland einschlagen könnte? Zur „vollen“ Souveränität gehören A-, B- und C-Waffen, die wir nicht wollen und auf die wir längst ausdrücklich verzichtet haben. Wir müßten sie uns von der Sowjetunion bei einem neuen Stalin besorgen. Ist das gemeint? Oder sollen wir den Osten mit 380 000 Mann Fußvolk unterjochen?

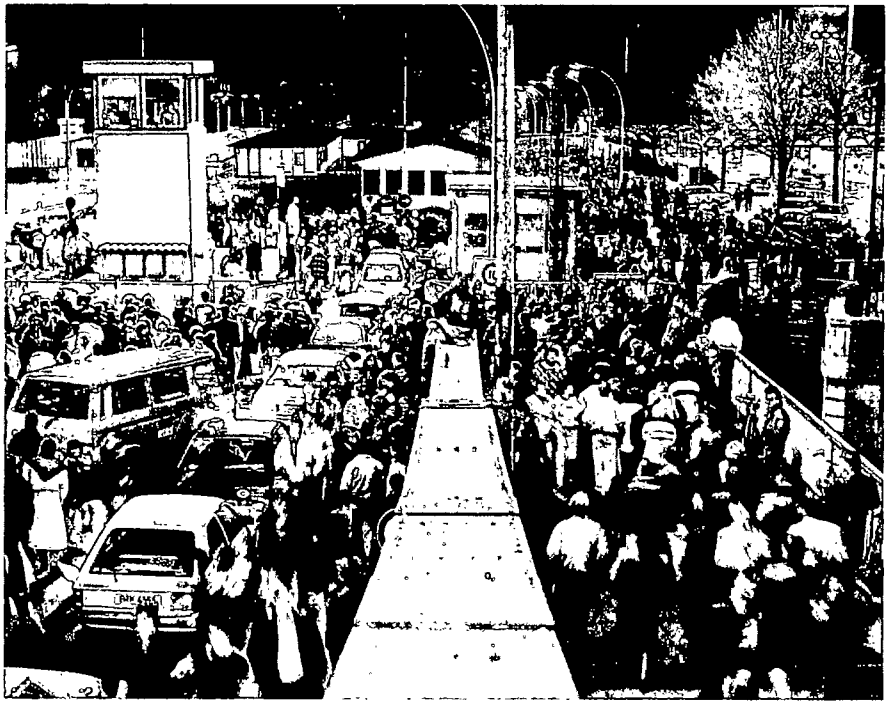
Nein, mit allzu abenteuereichen Befürchtungen sollte man uns nicht länger überziehen. Vielleicht wird das neue Deutschland protestantischer oder sozialdemokratischer, vielleicht wird es mit einer Hauptstadt Berlin den Schwerpunkt nach Osten verschieben. Aber „preußischer“ wird es dadurch gewiß nicht. Und auch die härteste D-Mark unterliegt schließlich den Gesetzen der Ökonomie.

Nachdem unser nationales Ziel erreicht *scheint* – einige Teufelchen brüten im Detail –, können wir uns auf die europäischen Ziele konzentrieren, entweder mit Helmut Kohl als Kanzler, wie es derzeit den Anschein hat, oder mit dem noch nicht sehr berechenbaren Oskar Lafontaine.

Kohl ist das Prädikat „Vereinigungskanzler“ sicher. Lafontaine hat da das Nachsehen. Kämen ihm die sozialen Verwerfungen bis zum Wahltag derart entgegen, daß er aus der Defensive in eine demagogische Sonthofen-Strategie umschwenken könnte, dann wäre alles möglich. (Ich glaube, mit der „sozialen Frage“ läßt sich bis zum Dezember nicht mehr hantieren.)

Was Helmut Kohl seit dem Fall der Mauer geleistet hat, hätte vielleicht auch ein anderer geleistet. Aber Kanzler muß man erst werden. Und das Volk, siehe Churchill 1945, ist bekanntlich „undankbar“. Würde er bei den gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember die Mehrheit einbüßen, hätte er gleichwohl gewonnen. Wer wollte ihm streitig machen, den Durchbruch zu diesen Wahlen unter Einsatz seiner ganzen Person erreicht zu haben?

Und einem neuen Denken, auch wenn man es nicht teilt, nebenbei die Wege geebnet zu haben, als Vorläufer gewissermaßen, ist das nichts? Und wäre das etwa nicht genug? Den Staatsmann Kohl wird man nicht mehr von der Landkarte tilgen können. Glückwunsch, Kanzler!



Maueröffnung am 9. November 1989: Weltmeister der Zeitgeschichte

che Weltmacht das formal noch zum Warschauer Pakt gehörende Territorium der DDR bis 1994 von Sowjettruppen räumen will und an den Westen abtritt.

Ein gutgelaunter Gorbatschow bewirtete seine Gäste am Sonntagabend in einer romantischen Datscha in der Nähe von Stawropol. Rauch stieg auf, am Feuer brutzelte Fleisch an riesigen Schaschlikspießen. Kohl erwies sich als schlagfertig: Ob dieses ein erster Erfolg der sowjetischen Konversionsanstrengungen sei, Rüstungs- in Zivilproduktion umzuwandeln – von „Schwertern zu Schaschlikspießen“?

Spät am Abend bat dann Gorbatschow, man möge sich bitte mit den Ministern noch mal zusammensetzen, um ein Arbeitstableau für den nächsten Tag aufzustellen. Gorbatschow, Schewardnadse und der Vizepremier für Finanzen Stepan Sitarjan auf sowjetischer, Kohl, Genscher und Finanzminister Theo Waigel auf deutscher Seite hatten die Probleme rasch sortiert.

„Wir brauchen Argumente für unsere Völker“, leitete Gorbatschow ein. Und für den Nato-Beitritt brauche er neben der bereits zugesagten Truppenverminderung die Zusage, daß auf DDR-Gebiet keine westlichen ABC-Waffen, Atomwaffen und -träger verbracht werden dürfen. Das Einverständnis fiel den Deutschen, ohne ihre alten Westalliierten zu befragen, nicht schwer.

Auf der Schlußsitzung der Delegationen wurden dann die wenigen verbliebenen heiklen Punkte abgehakt. Die Deutschen kamen aus dem Staunen

nicht heraus, so reibungslos lief das Geschäft. Mitgliedschaft in der Nato mit allen Rechten und Pflichten? „Gut“. Ob denn schon nach der Vereinigung territoriale, nicht der Nato unterstellte Bundeswehrverbände auf das ehemalige DDR-Territorium nachrücken könnten? „Gut“.

Kohl fragte: „Wie lange bleiben die sowjetischen Truppen?“ Gorbis: „Drei bis vier Jahre“. Genscher: „Da darf nichts offenbleiben.“ Es müsse heißen: „nicht länger als vier Jahre“.

Gorbatschow zögerte, er wollte weder einem Junktim mit der Reduzierung der Bundeswehr zustimmen, noch sich auf den Beginn des sowjetischen Truppenrückzugs festlegen. Genscher: „Es ist nicht wichtig, wann der erste, sondern wann der letzte geht.“ Gorbis: Einverstanden. Bis spätestens 1994 soll alles vollendet sein.

Ohne zu zögern, gestanden die Sowjets zu, nach Abzug ihrer Truppen seien die Deutschen so souverän, daß sich auch in die Nato integrierte Verbände der Bundeswehr, jedoch keine ausländischen Einheiten östlich der Elbe aufhalten könnten – unter einer Bedingung freilich, schränkte Schewardnadse ein: Auch diese deutschen Nato-Einheiten dürften dort keine atomaren Trägerwaffen stationieren. Kohl und Genscher guckten sich an, souverän, und nickten. Abgehakt.

Genscher fragte nach der künftigen Präsenz „allierter Truppen“ in Berlin. Stumm, aber deutlich brachte Gorbatschow seine eigenen Truppen ins Spiel: Ohne ein Wort zu sagen, tippte er sich mit dem Finger auf die Brust. Damit

war auch dieser Punkt klar: Solange sowjetische Soldaten in Berlin sind, dürfen auch die Streitkräfte der westlichen Verbündeten dort präsent sein, aufgrund bilateralen Verträge mit dem Westen.

Schewardnadse sprach dann die Finanzprobleme an. Tags zuvor hatte bereits Premier Ryschkow geklagt, bisher habe die Sowjetunion der DDR die jährlichen Stationierungskosten der Sowjetarmee mit sechs Millionen Tonnen Rohöl abgegolten. Wegen Preisverfall und der DM-Umstellung seien künftig elf Millionen Tonnen zu liefern.

Ein heikler Punkt war erreicht: Die Deutschen mußten – wenigstens optisch – den Eindruck vermeiden, daß die bereits mit den Sowjets ausgehandelten und noch zu vereinbarenden Zahlungen für Unterhalt und Abzug der Sowjetarmee bis 1994 als „Stationierungskosten“ deklariert würden. Dieser Terminus würde sich mit dem Anspruch eines souveränen Deutschland nicht vertragen.

Flugs kam Genscher eine Idee: die Finanzierung in einem „Überleitungsvertrag über die Auswirkungen der Einführung der D-Mark in der DDR“ gesondert zu vereinbaren.

So geschah es. Am Ende sagte Gorbatschow zu Genscher: „Nun haben Sie doch alles, was Sie vorgeschlagen haben.“

Als am Montag nachmittag die beiden Hauptakteure ihre Pressekonferenz im Kurheim von Schelesnowodsk beendet hatten, konnte Kanzlerberater Horst Teltschik das kaukasische Wunder immer noch nicht fassen – und dies, obwohl er des Kanzlers Erklärung mangels Schreibmaschine handschriftlich mit Großbuchstaben verfaßt hatte: „Damit haben wir nie und nimmer gerechnet.“

Die neuen Freunde demonstrierten neue Intimität. Sie setzten sich auf einen roten Mähdrescher, Gorbatschow erklärte seinem Gast, daß sich die Ernteträge auch verdoppeln ließen, mit Rat und Tat aus Deutschland zu Lagerung und Transport.

Er brachte Kohl in den Kurort Mineralnyje Wody („Mineralwasser“), wo er einst seinen Gönner kennengelernt hatte, den KGB-Chef Andropow, der ihn erst 1978 nach Moskau holte. Gorbatschow alberte über seinen größten Fehler, das Wodka-Verbot, worauf das fällige Lob deutschen Bieres folgte und der Wunsch nach dem Import ganzer deutscher Brauereien.

Er zeigte Kohl in der Stadt Stawropol seinen alten Schreibtisch, an dem er als GebietsparteiSekretär die Region verwaltet hatte. Und er flog mit ihm in die Berge (gerade so weit, wie die Deutschen 1942 vorgedrungen waren) zu der eleganten Datscha, die ihm als lokalem Parteigewaltigen gebaut worden war.

Dort nächtigten die beiden Weltpolitiker. Gorbatschow-Ehefrau Raissa, die



Sowjetflagge auf dem Reichstag am 2. Mai 1945: Im Grunde Brüder

Philosophin, pflückte auf dem Feld Blumen für den Deutschen.

Der beschwor urdeutsche Empfindungen, definierte „Heimat“ – fühlbar, hörbar und sogar riechbar – als „besondere Wärme“, auch „Sprache der Erde“, und: „Hier kann man Erde riechen. Hier begreift man etwas von Rußland.“ Da hüpfte denn auch des Russen Herz.

Von Kant und Hegels Freiheitsbegriff war die Rede, danach prägte Gorbatschow das Schlüsselwort: „Wir fühlen, daß wir zusammengehören.“

Zwischen den Repräsentanten der beiden größten und von alters her unberechenbarsten Völker Europas stellte sich jene gefühlvolle Wohligkeit ein, die deutsch-russische Begegnungen so oft in der Geschichte kennzeichnete und die Welt selbst dann in bängliches Erstaunen versetzte, wenn sie für Europa von Vorteil war, etwa am historischen 30. Dezember 1812.

Da traf sich der Napoleon unterstellte deutsche General Yorck von Wartenburg mit seinem und des Korsen

Gegner, dem russischen General Diebitsch, in der Mühle des ostpreussischen Tauruggen: Man erinnerte sich gemeinsamer Schulzeit und vereinbarte, daß Yorcks Preußen Napoleons Armee verließen.

Problematischer schon Rapallo 1922: Während der Genueser Weltwirtschaftskonferenz luden die Vertreter des jungen Sowjetstaats, die im Frack erschienen waren, die deutschen Delegierten heimlich zu einem Sonderweg ein, einer Verständigung der beiden Verlierer des Ersten Weltkriegs.

Die Deutschen mit Kanzler Joseph Wirth und Außenminister Walter Rathenau berieten nächtens und trafen sich am Ostersonntag anstelle des geplanten Kirchgangs mit den Russen im nahen Seebad Rapallo. Man vereinbarte, gegenseitig alle Reparationsansprüche zu streichen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen – vom Westen wurde der Sowjetstaat noch boykottiert – und wirtschaftlich zusammenzuarbeiten.

Die Sache war so provokant, daß eine rechtsgerichtete französische Zeitung

damals den Präventivkrieg forderte. Und tatsächlich erprobte die Reichswehr hernach insgeheim verbotene Waffen bei der Roten Armee: Panzer, Flugzeuge, Giftgas. Zu Recht wies Kanzler Kohl jeden Rapallo-Vergleich mit seinen Vereinbarungen im Kaukasus 1990 zurück. Der *Economist* titelte dennoch: „Stavrapallo“.

Schließlich der Coup des NS-Außenministers Joachim von Ribbentrop, der sich bei seinem Moskau-Besuch 1939 in sieben Verhandlungsstunden mit Stalin per Geheimvertrag Osteuropa teilte – was die UdSSR erst voriges Jahr eingestand. Sehr wohl gefühlt hatte sich Nazi Ribbentrop unter den Bolschewisten im Kreml, „wie unter alten Parteigenossen“. Stalin toastete auf Hitler.

Selbst bei Willy Brandts lockerem Badeurlaub mit Breschnew im Schwarzmeer-Kurort Oreanda bei Jalta 1971 kam jene Sentimentalität auf, die ungeteilte Dritte betroffen macht und leicht das alte Klischee wiederbelebt: daß sie im Grunde Brüder seien, die Deutschen und die Russen, trinkfreudig, sangeslustig und immer bereit zu großen Taten für oder gegen die Menschheit.

Die beiden Weltveränderer im Kaukasus zeigten sich frei von der Empfindlichkeit Zukurzgekommener. Sie betrieben, wobei sich Gorbatschow auf Bismarck berief, „Realpolitik“: Die deutsche Einheit, ja sogar ein Gesamtdeutschland, das der Nato angehört, entspricht neuerdings sowjetischen Interessen, nachdem solche Ansinnen 40 Jahre lang fast als Kriegsgrund gegolten hatten.

So ganz von der Hand zu weisen war der Rapallo-Vergleich aber doch nicht: Da arrangierten sich der Verlierer des heißen Krieges von 1945 und der Verlierer des Kalten Krieges von 1990. Risiken gibt es dabei durchaus.

Das kommende Deutschland, ob ihm nun die Sanierung seines Partners gelingt oder nicht, bindet sich trotz Nato und EG an die Sowjetunion und könnte seine westlichen Freunde gerade wegen der bestehenden Westallianzen in dieses historische Abenteuer ungewissen Ausgangs mit hineinziehen. Oder aber es könnte, bei westlicher Zurückhaltung, als alleiniger Konkursverwalter dastehen. Oder es könnte gar, wenn erfolgreich, die Welt mit neuer Arroganz der Macht schrecken.

„Es ist weise, wegen der bilateralen Natur der Vereinbarung zwischen den beiden Giganten Europas gewissermaßen auf der Hut zu bleiben“, mahnte denn auch der konservative britische *Daily Telegraph*, und „gemischte Gefühle“ ortete Schwedens *Dagens Nyheter*: Deutschland werde „größer als seine Nachbarn und erhält dementsprechend Einfluß und Verantwortung“.

Eine Spur eigener Überbewertung zeigte selbst der ansonsten zurückhaltend auftretende Kohl in der eigenmächtigen Zusage des Abzugs seiner Westverbündeten aus Berlin und der atomwaffenfreien Zone zwischen Elbe und Oder.

Jim Hoagland, Pulitzer-Preisträger von der *Washington Post*, nennt das ein *Fait accompli* und einen Präzedenzfall künftiger deutsch-sowjetischer Son-

derwege. Die Schweizer *Weltwoche* sah schon „den Weg für einen rapiden Aufstieg der Deutschen in den Status einer Weltmacht“, was in der Vergangenheit stets fatale Folgen hatte: „Ob das nun gutgeht?“ Kohl: „Wir sind keine Weltmacht, und ich halte es für töricht, Weltmachtträume zu träumen.“

Das Unbehagen der Nachbarn rührt vor allem aus dem Gefühl, daß ihnen gar keine andere Möglichkeit geblieben war – so elementar hatten sich der Zusammenbruch des östlichen Systems und der deutsche Einigungsprozeß vollzogen.

Schon vor einem Jahr, als Gorbatschow die Wiedervereinigung noch als historisch „unrealistisch“ einstufte und die Berliner Mauer noch unverseht stand, kündigte der konservative britische Journalist Peregrine Worsthorne im *Sunday Telegraph* an: „Wenn Europa, die Wiege der Zivilisation, jemals wieder geeint und gekräftigt sein soll, dann kann nur Deutschland, in Partnerschaft mit den Russen, dieses Wunder vollbringen. Aber kann man dem Land trauen? Eine müßige Frage – es gibt in Wahrheit keine Alternative.“

Es ist Helmut Kohls Leistung, das Einheitsverlangen der DDR-Deutschen in der Völkergemeinschaft abgesichert, die fugenlose Zustimmung des Westens erreicht zu haben – und sich nun an das russische Wunder zu wagen. Er konnte die Zweifel weitgehend ausräumen, ob man den Deutschen dabei trauen kann.

Vergessen war die Sorge der *New York Times* vom Mai vorigen Jahres, „daß ein ungezügelter Deutschland wiederum seine Macht gen Osten ausdehnt – diesmal nicht durch Eroberung und Invasion, sondern mit Hilfe von Verträgen und Investitionen. Anschließend könnte es diese neu geballte Macht auch dem Westen gegenüber ausspielen“.

Moskaus Militärzeitung *Krasnaja swesda* erweckte den Eindruck, als ob die mächtigsten Streitkräfte des Kontinents nach langem Schlaf eine neue Sicht der Wirklichkeit überwältigt habe: „Man kann nur staunen, daß die unnatürliche Spaltung des größten europäischen Staates so lange gedauert hat“ – wobei das Sprachrohr der Sowjetarmee verdrängte, daß Europas größter



Sowjetabzug aus der DDR*: Umschulung mit D-Mark

* 1989 aus Jüterbog.

Zurück ins Jahr 1913?

Der Pariser Deutschlandexperte Jean François-Poncet über die Wiedervereinigung und die Allianz mit Moskau

François-Poncet, 61, Sohn des langjährigen französischen Botschafters in Berlin und späteren Hochkommissars in Bonn, André François-Poncet, lebte viele Jahre in Deutschland. Unter Präsident Giscard d'Estaing war er zunächst Generalsekretär des Elysée-Palastes, dann Außenminister. Heute ist er Senator und Professor am Pariser Institut d'études politiques.

SPIEGEL: Monsieur François-Poncet, „Frankreich nackt“ heißt die Schlagzeile einer Pariser Tageszeitung. Steht Frankreich nackt da angesichts der neuen deutsch-russischen Allianz?

FRANÇOIS-PONCET: Überhaupt nicht. Natürlich wollen hier viele dem Präsidenten und der Regierung gern nachweisen, daß sie von der deutschen Einigung auf dem falschen Fuß erwischt wurden ...

SPIEGEL: Stimmt das etwa nicht?

FRANÇOIS-PONCET: Alle Äußerungen der Regierung und alle Meinungsumfragen beweisen das Gegenteil. Die Franzosen haben begriffen, daß eine Fortdauer der Teilung Deutschlands die Teilung Europas und die Überrüstung in Europa verewigen würde. Also gibt es umgekehrt Frieden und Abrüstung nur, wenn die Spaltung Deutschlands überwunden wird.

SPIEGEL: Da hört man den Diplomaten.

FRANÇOIS-PONCET: Nein, es gibt sogar noch einen Grund mehr für die Franzosen, die Einigung Deutschlands zu wollen: Ein geteiltes Deutschland würde sich niemals ohne Hintergedanken für die europäische Integration einsetzen.

SPIEGEL: Meinen Sie denn nicht, daß der deutsche Nationalstaat seit 1871 immer zu schwer auf Europa gelastet hat?

FRANÇOIS-PONCET: Das ist vermutlich nicht falsch, gehört aber der Vergangenheit an. Die Wiedervereinigung kommt nun mal. Die Deutschen sind da, es sind 80 Millionen, sie sind fleißig, organisiert, effizient und produktiv. All das wissen die Franzosen, das ist nicht das Problem.

SPIEGEL: Sondern?

FRANÇOIS-PONCET: Frankreich fragt sich, ob das stark gewordene Deutsch-

land, das seine politischen Ziele erreicht hat, ein zuverlässiger Partner für Europa bleibt oder ob es in Europa seinen eigenen Weg gehen wird. Wenn Deutschland etwa dem Gemeinsamen Markt den Rücken kehren würde und sich durch die klassische Idee von „Mitteleuropa“ verführen ließe, würden in Frankreich alle alten Ängste wieder hochkommen.

SPIEGEL: Da die Franzosen die deutsche Wiedervereinigung im Grunde als positiv ansehen, wie Sie meinen, warum war denn die französische Regierung Ende vorigen Jahres so wenig auf der Höhe der Zeit, als sie hektisch versuchte, die Eigenstaatlichkeit der DDR zu erhalten?

FRANÇOIS-PONCET: Ich bin nicht dazu da, die Regierung zu verteidigen. Aber



François-Poncet: „Die Deutschen sind da, 80 Millionen“

sie war wohl, wie alle Welt, einfach verblüfft, wie schnell sich die Ereignisse entwickelten. Niemand hatte gedacht, daß die Berliner Mauer so schnell fallen und die Wiedervereinigung so rasch kommen würde.

SPIEGEL: Also kein spezifisch französisches Versagen?

FRANÇOIS-PONCET: Etwa zwei Monate lang herrschte hier Unsicherheit, und Kanzler Kohl hatte Paris wohl auch nicht hinreichend informiert. Wir hatten Grund zu glauben, daß die Ostdeutschen zwar die Freiheit, aber nicht unbedingt die Einheit wollten und daß die Einheit noch etwa drei Jahre auf sich warten lassen würde. Man kann deshalb dem Präsidenten der Republik nicht den Prozeß machen und Frankreich schon gar nicht.

SPIEGEL: Wäre es nicht besser gewesen, Frankreich hätte sich frühzeitig an die Spitze der Einheitsbewegung gesetzt?

FRANÇOIS-PONCET: Man darf da nicht zu viel verlangen. Nach meiner Kenntnis hat sich ja nicht mal die deutsche SPD an die Spitze der Einheitsbewegung gesetzt. Und hat nicht Oskar Lafontaine die These vertreten, eine zu schnelle Vereinigung sei verhängnisvoll? Wie kann man verlangen, daß ein sozialistischer Präsident Frankreichs die deutsche Vereinigung energischer vorantreibt als ein deutscher Sozialdemokrat?

SPIEGEL: Haben Sie selbst die Lage gleichfalls falsch eingeschätzt?

FRANÇOIS-PONCET:

Nein, ich habe sofort gesagt, die Wiedervereinigung kommt noch vor Ende 1990. Aber nicht jeder Franzose ist über die deutsche Wirklichkeit so gut informiert wie ich, der Jahre in Deutschland gelebt hat.

SPIEGEL: Wie erklären Sie, daß die Amerikaner sich der deutschen Entwicklung schneller angepaßt haben als die Franzosen?

FRANÇOIS-PONCET:

Als unvoreingenommener Beobachter wird man sagen müssen, daß die Amerikaner sich am Anfang genauso verhalten haben wie die Franzosen. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, daß US-

Außenminister Baker noch vor Mitterrand in Ost-Berlin war. Die Amerikaner haben dann lediglich die Kurve schneller gekriegt als wir, etwa sechs Wochen vor uns.

SPIEGEL: Aber auf dem Londoner Nato-Gipfel haben die Amerikaner den Russen gegenüber dann eine große Geste gemacht, während Frankreich von Abrüstung nichts wissen will, sondern sich weiterhin hinter seiner geliebten Force de frappe verschanzt.

FRANÇOIS-PONCET: Das kann man nicht miteinander vergleichen. Die Amerikaner haben in der Frage der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland russische und deutsche Einwände berücksichtigt und damit die deutsch-russischen Verhandlungen erleichtert. Wir konnten das nicht, denn wir ha-

ben ja keine Atomwaffen in Deutschland.

SPIEGEL: Frankreich hat dafür Atomwaffen, die auf Deutschland zielen.

FRANÇOIS-PONCET: Die haben nichts mit der deutschen Wiedervereinigung zu tun. Wenn Sie aber fragen wollen, ob die Force de frappe nach ihrer gegenwärtigen Doktrin und Struktur, also auch mit ihren Kurzstreckenwaffen, noch der jüngsten Entwicklung entspricht, scheint mir diese Frage berechtigt.

SPIEGEL: Aber Frankreich wird sich doch nicht reinreden lassen, wenn es um seine Force de frappe geht.

FRANÇOIS-PONCET: Sagen Sie nur noch, daß der französische Militarismus und Chauvinismus der deutschen Wiedervereinigung im Wege stehe! Das wäre wirklich sehr ungerecht. Wer so etwas sagt, schüttet Säure in alte Wunden.

SPIEGEL: Ist aber nicht der Zeitpunkt gekommen, daß sich die Franzosen fragen, was ihnen die Force de frappe überhaupt eingebracht hat?

FRANÇOIS-PONCET: Die Force de frappe scheint bei Ihnen eine Obsession zu sein. Sie setzen sich da fast dem Verdacht aus, daß Sie auf unsere Atomwaffen neidisch sind, weil Sie selbst keine besitzen und vielleicht welche haben wollen.

SPIEGEL: Gott behüte.

FRANÇOIS-PONCET: Frankreich ist zu einer Diskussion auch über den Sinn seiner Atomwaffen bereit, allerdings nicht zu ihrer einseitigen Abschaffung. Dafür ist hier mit Ausnahme der Kommunisten niemand zu haben. Immerhin besitzen die Russen ja 12 000 Atomsprengeköpfe, die jeden Ort in den USA und in Frankreich sowieso erreichen können. In den Händen Gorbatschows scheinen sie uns weniger gefährlich als früher, aber immerhin gibt es sie noch. Und niemand weiß, was mit den russischen Atomraketen geschieht, wenn die Sowjetunion auseinanderfällt.

SPIEGEL: Was geschieht mit den auf Deutschland gerichteten französischen Kurzstreckenraketen „Hadès“?

FRANÇOIS-PONCET: Wir verstehen das deutsche Unbehagen, darüber wird man reden.

SPIEGEL: Wenn es, wie jetzt vereinbart, zu einer umfassenden deutsch-sowjetischen Kooperation kommt, werden dann in Frankreich nicht die Erinnerungen an Rapallo wach?

FRANÇOIS-PONCET: Natürlich existieren solche Sorgen. Es gibt da zwei Möglichkeiten: Entweder Europa fällt zurück in die Politik des Nationalismus, und ein von allen Verpflichtungen befreites Deutschland kooperiert mal mit Frankreich, mal mit der Sowjetunion. Dann stünde Europa ungefähr wieder



Partner Wirth (2.v.l.), Tschitscherin (2.v.r.) in Rapallo 1922: Bund der Verlierer

dort, wo es 1913 war, minus Kriegsrisiko. Wir wollen ein anderes Europa, gleichzeitig haben wir Verständnis dafür, daß Deutschland im Interesse der Wiedervereinigung mit der Sowjetunion Verträge schließt – solange das nicht auf Kosten Europas geht.

SPIEGEL: In Moskau gibt es eine Denkrichtung, die alles Heil in einer möglichst engen Kooperation mit den Deutschen sieht. Widersprüche sie dem deutsch-französischen Einvernehmen?

FRANÇOIS-PONCET: Mag sein, daß es in Moskau sogar Leute gibt, die an eine Art deutsch-russisches Kondominium über Europa denken. Das sind überholte, unmoderne, kleineuropäische Ideen. Vor so etwas können wir Deutschland nur warnen, denn die Folge wäre Instabilität in Europa. Nach Rapallo ist schließlich einiges passiert. Wenn wir die Lehren der Geschichte annehmen, bauen wir das Europa von Jean Monnet und nicht das von Rapallo.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, daß schon jetzt das Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland gestört ist?

FRANÇOIS-PONCET: Nein, die Zeiten sind vorbei, als man meinte, Frankreich würde Europa politisch, Deutschland Europa wirtschaftlich dominieren. Die Franzosen sollten erst gar nicht anfangen zu fragen, ob Deutschland ein bißchen schwerer oder leichter wiegt und umgekehrt. Das wäre ein tragischer Rückfall wenn nicht in das Jahr 1913, so doch in das Rapallo-Jahr 1922, und das heißt auch: ein Rückfall in die europäische Ohnmacht.

Staat immer noch (und immer mehr) die UdSSR selbst ist.

Allerdings – in der Sowjetunion muß der Schock der neuen Zeit erst noch verarbeitet werden, der Oberste Sowjet muß alle Abreden über den militärischen Status Deutschlands ratifizieren. ZK-Berater Nikolai Portugalow, langjähriger Befürworter der deutschen Einheit, zweifelt an ungeteilter Zustimmung: „Wird es dem geeinten Deutschland, diesem Koloß, gelingen“, so fragt er aggressiv, „mit der harten Mark zu vollbringen, was Hitler mit Feuer und Schwert nicht hat erreichen können?“

Seine ZK-Abteilung für Internationales (Chef: Walentin Falin, neuerdings ZK-Sekretär) hatte eine gesamtdeutsche Nato-Mitgliedschaft noch bis zum Schluß zurückgewiesen und für Neutralisierung plädiert – mit Rücksicht auf die Stimmung in der KPdSU.

Auf dem Parteitag, der vor der Begegnung mit Kohl zu Ende ging, klagten erzürnte Delegierte Gorbatschow an, er habe Bonn „die DDR zum Geschenk gemacht“. Politbüromitglied Jegor Ligatschow, inzwischen nicht mal mehr ZK-Mitglied, sprach von einer „Annexion oder besser dem Schlucken der DDR durch die Bundesrepublik“ – was er für eine „gefährliche Verletzung der europäischen Stabilität“ hielt, die „vollständige Annullierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs“.

Gorbatschow, von einer Partei zum Generalsekretär wiedergewählt, der er zuvor das Machtmonopol abgesprochen hatte, dürfte seine schwersten Bataillen noch vor sich haben, da er das Ziel einer Befreiung Rußlands offenbar von

allen Widerständen unbeirrt verfolgt. Während Gorbatschow mit Kohl fraternisierte, begab sich Unerhörtes vor dem Moskauer Kreml, Zehntausende skandierten: „Kommunistische Partei auf den Müllhaufen der Geschichte.“

Im Kaukasus wirkte er auf seinen Gast „wie ein Mann, der alle Brücken hinter sich abgebrochen hatte und zum Durchbruch bereit war“. Wird sich aber das Militär so beugen wie die Partei?

Der Befehlshaber des Wehrkreises Wolga-Ural, Generaloberst Albert Makaschow, behauptete vor russischen Parteitagsdelegierten, Stalin habe den Zweiten Weltkrieg gewonnen, den Gorbatschow jetzt gerade verliere. „Studierte Pfauen“ nannte er sorglose Leute wie den Kommentator Alexander Bowin („Wir brauchen uns vor niemand zu fürchten, nicht einmal vor dem vereinigten Deutschland“), meinte aber auch seinen Parteichef.

Selbst Verteidigungsminister Marschall Jasow warnte noch vor wachsender Stärke der Nato, obschon diese laut Londoner Erklärung in der UdSSR keinen „Gegner“ mehr sieht. Und Admiral Chwatow, Chef der Pazifikflotte, schlug laut Alarm: „Wir haben alle Verbündeten im Westen verloren, wir haben keine Verbündeten im Osten. Folglich sind wir zurückgeworfen auf die Lage von 1939.“ Das war freilich eine Art Plädoyer für Gorbatschows Pakt mit Kohl.

Auf dem Parteitag trat Außenminister Eduard Schewardnadse mit einem flammenden Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht auch des deutschen Volkes für seinen Präsidenten ein. Doch am 22. Juni beim Außenministertreffen in Ost-Berlin hatte auch er noch empfohlen, für die nächsten fünf Jahre solle das DDR-Territorium dem Warschauer Pakt unterstellt bleiben, die Bundeswehr halbiert werden. Die Westalliierten aber – eine Idee, mit der Chruschtschow 1959 die Stadt einsacken wollte – mußten binnen sechs Monaten aus West-Berlin verschwinden.

Sein Vize Julij Kwizinski blieb bis zuletzt dabei, die Westgruppe der Sowjetarmee müsse länger als vier Jahre in Mitteleuropa stationiert bleiben. Ihm ging alles zu schnell. 1988 hatte er noch getönt: „Die davon träumen, daß im Ergebnis der Perestroika der Sozialis-

mus und die bestehenden territorialen und politischen Realitäten in Europa zur Disposition stünden, irren sich gewaltig.“

Und noch vorletzten Sonntag bestand er gegenüber Genscher darauf, die deutsche Souveränität habe bis zur Ratifizierung des Grenzvertrages mit Polen zu warten. Genscher rechnete mit einem Durchbruch erst im September.

Den Showdown der vorigen Woche vollzog der Präsident der UdSSR allein, beraten nur von seinem „Gehilfen“ (so der amtliche Rang) Anatolij Tschernjajew, 69, der auch in Schelesnowodsk dabei war. Der Kriegsteilnehmer und promovierte Historiker hatte an der Moskauer Lomonossow-Universität in den fünfziger Jahren den Jurastudenten Gorbatschow Politik gelehrt.

Über die Deutschen informiert ihn ein anderer seiner Schüler, Professor Wjatscheslaw Daschitschew. Der hörte auf einem Seminar im schwäbischen Schloß Weikersheim am 27. Mai die Beschwerde, wenn es kein neues Versailles geben solle, müsse Moskau den US-Standpunkt einer vollen Souveränität für Deutschland übernehmen.

Daschitschew notierte sich die Formel, die sich Gorbatschow dann zu eigenen machte: „Das vereinigte Deutschland wird in eigener, souveräner Ent-

scheidung darüber befinden, ob und welchem Bündnis es angehört.“

Von Gorbatschow hieß es, er habe die Deutschen nie recht gemocht. Er kannte nur wenige – einen Besatzerfeldwebel, der das Kind Mischa 1942 zur Landarbeit zwang, einen Tankwart an der Frankfurter Autobahn, der ihn 1975 an Stalins Einheitsversprechen für Deutschland gemahnte, den als Roboter empfundenen Honecker und den großmäuligen Krenz, den Pensionär Brandt und den Beleidiger Kohl.

Aber da war auch Matilda Ignatenko, Gorbatschows Lehrerin 1946/47, eine Rußlanddeutsche, die ihm im Fach Deutsch eine schlechte Note gab. Mischa, 15, revanchierte sich mit einem Test ihrer eigenen Kenntnisse – einer Liste deutscher Worte, die er aus einem vom Vater aus dem Krieg mitgebrachten Lexikon (falsch) abgeschrieben hatte und der Lehrerin vorlegte.

„Solche Worte gibt es in der deutschen Sprache nicht“, befand Frau Ignatenko. Als sie ein deutsches Gedicht aufgab: „Lenin war ein Freund und Führer“, bezichtigten die Schüler sie faschistischer Propaganda, sie vergleiche Lenin mit Hitler. Das war lebensgefährlich. Mischa rettete Matilda, mit dem Lexikon belegte er, das Wort „Führer“ sei kein Nazi-Begriff.

Sie gab ihm etwas über den deutschen Ingenieur und Unternehmer Robert Diesel zu lesen, über den Gorbatschow alles wissen wollte. Die in Rußland verbreitete Bewunderung für deutsche Technik und Organisation hat sich ihm demnach früh mitgeteilt. Die beiden Völker, bot er sich Kohl an, verfügten über alle „Möglichkeiten und Traditionen“.

Die Kooperation zwischen Russen und Deutschen hat eine lange Geschichte. Stets bezogen die Russen ihre Entwicklungsmodelle aus Deutschland – die Stadtfreiheiten Peters des Großen, die „Burmistry“ (Bürgermeister), das „Ratuscha“ (Rathaus), die „Landratory“ (Landräte), den Marxismus, Ludendorffs Kriegswirtschaft und nun die „regulierte Marktwirtschaft“.

Zar Peter, Rußlands erster Reformator, holte sich den Holsteiner Fick und den Schlesier von Lüberas als Berater zur Errichtung der Ministerien für Bergbau und Manufaktur, auch den Ka-



Partner Ribbentrop, Stalin 1939: Toast auf Hitler

nalbauer Burchard Münich. Die Zarin Anna Iwanowna ließ sich von dem Bochumer Ostermann beraten, Münich stieg zum Feldmarschall auf. Ihr Favorit Ernst Johann von Biron ließ die russischen Kadetten nicht russische, sondern deutsche Geschichte lernen.

Die Zarin Katharina II. war selbst eine Deutsche. Als Beamte, Lehrer, Kaufleute, Bauern und Offiziere stellten fortan die Deutschen bis zur Revolution das stärkste Kontingent ausländischer Entwicklungshelfer in Rußland.

So soll es nun wieder sein, obwohl sich Rußland gegenüber seinen deutschen Untertanen ungnädig und Deutschland gegenüber den Russen verbrecherisch verhalten hat. *Moskowskije nowosti*:

Die Sowjetunion braucht nicht nur das Kapital der Deutschen, ihre hochqualifizierten Anlagen, guten Konsumgüter und ökologisch reinen Lebensmittel. Am meisten brauchen wir vielleicht sie selbst. Damit wir sie unter uns haben und sie mit ihrem Beispiel helfen, die schweren wirtschaftlichen Aufgaben zu bewältigen.

Daran denkt Gorbatschow wohl zuerst bei der beabsichtigten Zusammenarbeit: daß deutsche Fachleute zuhauf sein Land beraten, das ohne Bauern und Kaufleute, ohne Manager und motivierte Arbeitskräfte, ohne Gewerkschafter, Bankiers, Buchhalter und Anwälte den Kapitalismus erlernen soll, und zwar dessen deutsche, sozialdemokratisch abgefederte Version, nicht das Manchesterstertum der Margaret Thatcher oder der Chicago Boys.

„Die Vorzüge der Marktwirtschaft wurden weltweit unter Beweis gestellt“, eröffnete Gorbatschow dem Parteitag, „und die Frage besteht jetzt nur darin, ob unter Marktbedingungen eine soziale Sicherheit zu gewährleisten ist.“

Die Kapitalisierung der DDR scheint da als eine Art Test zu dienen: „Es geht um den Übergang vom Sozialismus, wenn auch dem ‚preußischen‘, zum Kapitalismus oder, wie man sich in der BRD so schön ausdrückt, zur ‚sozialen Marktwirtschaft‘“, äußerte Kolumnist Bowin. „Ohne Zweifel werden die Deutschen als die ‚Ersten in der Welt‘ diese Aufgabe bewältigen.“



Partner Bahr, Breschnew, Brandt auf der Krim 1971: Immer bereit

Der Übergang zur Marktwirtschaft in der Sowjetunion birgt nach doppelt so langer Entwöhnung von selbständigem Denken, Wagen und Leisten hundertfach die Probleme des Wandels in der DDR. Das Ruinenfeld scheint grenzenlos: Bankrott der alles verzehrenden Schwerindustrie, ein Dutzend Millionen Arbeitslose sowie die Versuchung der unter Massenarmut und Nationalitätenkämpfen leidenden Menschen, das Heil in faschistischen Lösungen zu sehen.

Die Deutschen sollen einen Augenblick finden, und Kohl bietet ihn an. Schon erlernen Tausende Sowjetbetriebsleiter in der Bundesrepublik Management und Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre.

Die Hilfspersonen könnten, laut Gorbatschow, am besten aus der – gewandelten – DDR kommen, wo 100 000 Einwohner Russisch sprechen: „Das ist die Brücke.“ Die DDR-Betriebe, bisher wichtigste Außenhandelspartner der UdSSR, sollen auch weiter für die Sowjetunion arbeiten – das hat Kohl schon im Februar zugesagt.

Damals brachte er eine Lebensmittelspende im Werte von 220 Millionen Mark nach Moskau mit – die Morgengabe hat die Sowjetkonsumenten bisher nicht erreicht. Gründe, laut *Komsoolskaja prawda*: „Übermäßig lange

Prüfung der Fleischprodukte durch den sowjetischen Veterinärdienst, die unterschiedliche Spurbreite der Bahnen in der Sowjetunion und im Westen, das Fehlen von Waggons.“

Ein Drei-Milliarden-Kredit der Deutschen Bank wurde vertan, weil mit den Maschinen für die Konsumgüterproduktion nicht auch das nötige Know-how eingekauft worden war – Consulting, Installation, Marketing, in der UdSSR noch unbekannte Künste. Auch Betriebswirte und Mechaniker samt Werkzeug müssen importiert werden.

Erstmals seit Jahrzehnten ist die sowjetische Außenhandelsbilanz negativ, der bislang zuverlässige Schuldner UdSSR steckt in einer schweren Liquiditätskrise, Rechnungen über anderthalb Milliarden Mark blieben unbezahlt. Bonn half schon mit fünf Milliarden aus, auch um die deutschen Lieferanten zu lohnen. Finanzex-

perten werden gebraucht und am Ende wohl auch Burmistry und Landraty.

Und bares Geld. Drastisch erläuterte Gorbatschow Kohl, was ihn jenseits aller systembedingten Mißerfolge in Bedrängnis gebracht habe:

- ▷ Der Verfall der Energie- und Rohölpreise habe eine zweistellige Milliardensumme in Dollar gekostet;
- ▷ die Katastrophe von Tschernobyl verschlinge 15 Milliarden Dollar;
- ▷ die Afghanistan-Lasten lägen bei sechs bis sieben Milliarden Mark, und
- ▷ der Alkoholismus im Lande richte jedes Jahr Schäden von über zehn Milliarden Dollar an.

Gorbatschow gab sich vorige Woche ein wenig hoffärtig: Von der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds lasse er sich nichts vorschreiben, „das macht unser stolzes Volk nicht mit“. Dann bat er kaum verhüllt um Geschenke:

Rettungsringe für uns? Nein! Wir wollen keine Almosen, wir erwarten keinen Gefallen. Es geht um etwas geschichtlich viel Größeres als nur um eine Änderung dessen, was war. Uns geht es um neue Lebensformen für künftige Generationen. Da wäre jeder Streit über die Rückzahlung unserer Schulden, um die Prolongation zu passenderen Bedingungen, kleinkariert.

Wollte Kohl dem Russen etwas bieten, mußte er die riskante Rolle eines Zahlmeisters der Perestrojka übernehmen. Doch auf dem Wirtschaftsgipfel zu Houston scheiterte er mit seiner Forderung nach einer Subvention für Moskau von 15 bis 20 Milliarden Dollar.

„Hier ist nichts abzukaufen. Hier geht es nicht um Deutschland gegen Kredite“, hatte Gorbatschow gleich zu Beginn der Gespräche wacker behauptet. Zu-

brächte auch Gorbatschow in Verlegenheit. Denn es führt wohl zu sozialen Spannungen, wenn die Ex-DDR-Besitzer gleich nach ihrer Rückkehr Unterschulden in Neubauten fänden, auf deren Zuteilung normale Sowjetbürger schon Jahre warten. Deshalb heißt der Handel: Bonn hilft beim Wohnungsbau, wer einzieht, ist Sache der Sowjets.

Großzügigkeit soll für Tempo beim Rückzug sorgen. Dieses Tempo, erläu-

arden-Klotz allein aufgrund der politisch gebotenen Kanzler-Garantie für marktwirtschaftlich unsinnige Staats-handelsgeschäfte am Bein. Dem stehen zwar in gewissem Umfang Transferrubel-Forderungen gegenüber. Doch die Fachleute sind nicht gerade hoffnungsfroh, was solch ein Schatz wert ist.

Das alles hat der Kreml-Chef politisch bereits ebenso konsumiert wie die Fünf-Milliarden-Bürgschaft der Bonner Gäste, für die Gorbatschow sich mehrfach bedankte: „Sie waren die ersten. Wir werden nicht vergessen, was Sie für uns unternommen haben.“

Zwar gab es kein geheimes Zusatzprotokoll über einen Kaufpreis für die Herausgabe des sowjetischen Pfandes, der DDR, doch sowjetische Erwartungen wuchern, beflügelt unter anderem durch ein Angebot, das einige westdeutsche Industrielle als Preis der Einheit Moskau gegenüber angedeutet hatten – vor einem Jahr, vor der Vereinigung von unten.

Demnach sollten als weithin projektgebundene Kredite, „Hilfe zur Selbsthilfe“, innerhalb von zehn Jahren drei bis vier Prozent des deutschen Bruttosozialprodukts nach Rußland fließen. Das wären ungefähr 100 Milliarden Mark.

Die nicht eben seriöse Offerte, die als Versuch zur Eroberung des sowjetischen Marktes erscheinen konnte, stieß auf ebenso seltsame Reaktionen: Im Moskauer Außenministerium löste sie Jubel aus, während ZK-Außenminister Falin an den Rand der Eingabe schrieb: „Verrat des Sozialismus“. Aber die Illusionen waren geweckt.

Gorbatschow tröstet frustrierte Funktionäre und meuterndes Volk mit dem Prinzip Hoffnung, das im Sowjetfernse-



Gorbatschow-Berater Daschitschew, Tschernjajew: Souveräne Entscheidung



rück in Bonn, versicherte Kohl: „Wir haben über konkrete Bürgschaften oder ähnliche Bedingungen nicht gesprochen.“

Das mag stimmen. Falsch aber wäre die Vorstellung, die in Schelesnowodsk verkündete deutsch-russische Allianz in „Fragen allerhöchster Strategie“ (Gorbatschow) habe mit Geld nichts zu tun. Die kaukasische Feier wird noch teuer.

Allein die Posten, die in Kohls triumphierend vorgetragenen acht Punkten ganz beiläufig enthalten sind, erreichen bei häuslicher Aufrechnung stattliche Milliardensummen.

Beide Seiten bestreiten, für die Sowjetgarnison in der Ex-DDR würden Milliarden an Stationierungskosten fällig. Das Wort ist tabu. Im zweiten Halbjahr 1990 hat Bonn dafür 1,25 Milliarden Mark überwiesen. Im nächsten Jahr werden 2,5 Milliarden Mark fällig, wofür Erdgas angeliefert werden soll. Die Summe sinkt erst, wenn nennenswerte Kontingente der Sowjetarmee ins Russenreich zurückgerollt sind.

Fest zugesagt hat Kohl „technische Hilfe“ bei ihrer raschen Rückführung – einige Milliarden für ein Obdach in ihrer Heimat und für die Umschulung von etwa 50 000 Offizieren.

Sorgfältig soll bei dieser Operation der Anschlag vermieden werden, Bonn baue Kasernen für abziehende Krieger, das gefiele den Nato-Verbündeten nicht und

terte Kohl seinem Partner in der kaukasischen Idylle, liege auch im Sowjetinteresse. Denn die Rotarmisten würden in der DDR Zeuge eines raschen Aufschwungs: Je länger sie blieben, desto mehr dränge sich ihnen die Frage auf, warum es in der Heimat so schleppend vorangehe. Das, so Kohl, sei ein soziales Unruhepotential.

Kohl erneuerte im Kaukasus sein Versprechen, Wirtschaftsverträge zwischen Moskau und Ost-Berlin zu schützen, die Sowjets vor Nachteilen aus der Einigung Deutschlands zu bewahren. Aus den Experten-Analysen in seiner Vorbereitungsmappe wußte er genau, daß diese Zusage schmerzhaft teuer wird.

Für das zweite Halbjahr 1990 hatte die DDR zur Stützung der nicht kostendeckenden Geschäfte mit Moskau einen Beitrag von zwei Milliarden veranschlagt. „Es ist allerdings fraglich, ob dieser Betrag ausreicht“, sorgten sich die Beamten in ihrer Expertise für den Kanzler. Denn offensichtlich steigere die DDR „aus beschäftigungspolitischen Gründen“ ihre Exporte und habe die Lieferung zusätzlicher Konsumgüter vereinbart, die nach eigener Abschätzung Exporthilfen von 460 Millionen Mark erfordern: „Interne Schätzungen im Bundeswirtschaftsministerium gehen darüber noch erheblich hinaus.“

Legt der Finanzminister diese Zahlen zugrunde, hat er 1991 einen Fünf-Milli-



Kohl-Berater Teitschik
Kaukasisches Wunder



Rheinischer Merkur/Christ und Welt

hen bereits „Germanija“ heißt. Das bedeutet aber auch: Versagt sich der als unermesslich reich angesehene Gläubiger, ist der ein Sündenbock.

Kohl kennt das Dilemma: Deutschland allein könne kein „Gesamtpaket von Hilfen“ schnüren, sagte er, damit „würden wir uns völlig übernehmen“, zumal ganz Osteuropa mit Fug nach der Deutschmark greift.

Die Deutschen können geltend machen, daß ein Erfolg der Perestroika im Lebensinteresse des gesamten Westens liegt, aber nur in Zusammenarbeit mit allen Industrieländern zu schaffen ist.

Dem Deal der UdSSR mit den Deutschen müßte ein ähnlicher Wirtschaftspakt mit der westlichen Welt folgen. Rußlands Schwäche kommt sie kaum teurer zu stehen als die Rüstungsmilliarden, die Rußlands Stärke sie bislang gekostet hat – „eine schöne Revanche des Handels“, bemerkte die Pariser Wirtschaftszeitung *Les Echos*, „der seit dem Verschwinden der Hanse auf diese Weise wieder zu Ehren kommt“.

Mag sein, daß sich die anderen bald beteiligen, die USA nach den Kongreßwahlen im November, die Japaner nach einer Rückgabe der Kurilen-Inseln durch Moskau, und daß die deutsche Geldmaschine nur das Antriebsrad zu sein braucht.

Kohl-Berater Teltschik setzt mehr auf die Europäer: Er glaubt, ein Konsortium unter Einschluß der Schweiz, Hollands, Österreichs zusammenzubekommen, das für die gewiß nötigen 15 Milliarden Dollar geradesteht. Washington könnte einer renommierten Consulting-Firma einen Dauersitz in der Sowjetunion finanzieren. Diese

Experten sollten dann dafür sorgen, daß mit den Milliarden effektiv an besserer Ausbeutung von Energie und Rohstoffen gearbeitet und, beispielsweise, die Güterverteilung in dem Riesenreich verbessert wird.

Doch die Westdeutschen werden vor allen anderen zahlen müssen: Allein ihr Warenhandel mit dem Ausland erbrachte von Januar bis Mai einen Überschuß von 56 Milliarden Mark. „Für die Einheit“, findet auch Berlins Walter Momper, „ist nichts zu teuer.“

Greifen die Sowjetreformen (schon gibt es genug Zucker und Seife), scheint Gorbatschows Ziel nicht unreal, um die Jahrhundertwende seinen Sowjetbürgern wenigstens den Lebensstandard der DDR der achtziger Jahre beschere zu können. Öffnet sich den Russen und ihren Mit-Völkern die Tür nach Europa, dringt der Geist des Abendlandes bis Wladiwostok am Stillen Ozean.

„Die liberalen, demokratischen Werte des Westens teilend, unwiderruflich in die westlichen Institutionen eingebaut und im Besitz einer dynamischen Wirtschaft, ist Deutschland am besten befähigt, Osteuropa und Rußland für den Westen zu gewinnen und zu halten“, urteilt Robert G. Livingston von der amerikanischen Johns Hopkins University.

Und die sonst oft so Deutschland-skeptische *New York Times* kannte in ihrer Kohl-Bewunderung nun kein Halten mehr: „Gorbatschow mag der Mann der achtziger Jahre gewesen sein. Wie es aussieht, wird Kohl die Titelfigur der Geschichte der Neunziger werden.“

Kennwort Rosenstock

Geheime Dokumente belegen, wie die Stasi noch im letzten Herbst Regimekritiker aus dem Wege räumen wollte: durch landesweit vorbereitete Internierungslager.

Die alten Burgen und Schlösser des Thüringer Waldes schienen bislang nur Touristen zu interessieren. Für Wanderer und Sommerfrischler waren die idyllischen Gemäuer im grünen Süden der DDR begehrte Ausflugsziele.

Doch nicht nur ruhesuchende Werktätige des Arbeiter-und-Bauern-Staates wußten die einsame Lage der alten Trutzbauten zu schätzen. Die festen Burgen mit ihren breiten Wassergräben und hohen Schutzmauern sollten nach geheimen Plänen des allmächtigen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) noch einem ganz anderen Zweck dienen: der massenhaften Internierung von Kritikern des SED-Staates.

Landesweit hatten die Schergen des einstigen Stasi-Ministers Erich Mielke, 82, perfide Vorsorge für den Fall „einer Spannungsperiode“ getroffen. Von Rostock bis Gera hatten die Agenten neben historischen Plätzen wie der Burg Ranis im Thüringischen auch Betriebs-erholungsheime, Jugendlager und Trainingsstätten von Sportvereinen als potentielle Isolierungslager für „Personen mit einer verfestigten feindlich-negativen Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“ vorgesehen. Bei regimfeindlichen Großdemonstrationen sollten Rüstungsgegner, Antikommunisten, Kirchenobere und sonstige SED-Kritiker ergriffen und in den streng gesicherten Camps konzentriert werden.

Wie gefährlich dicht Anführer und Mitstreiter der Herbst-Revolution in der DDR davor standen, nach übelster süd-amerikanischer Diktatorenart weggesperrt zu werden, enthüllen Einsatzpläne der Stasi, die letzten Sonntag von SPIEGEL-TV präsentiert wurden.

Preußisch penibel hatten Mielke-Planer allein in der Montagsdemo-Stadt Leipzig mehr als 120 Namen und Adressen von Wende-Vorkämpfern registriert, die als erste festgesetzt werden sollten. Zum „politischen Untergrund“ rechneten die Stasi-Mitarbeiter den Pfarrer der Bethanienkirche, Günther Jacob (Grund: „Ständiger Nichtwähler“), ebenso wie den Leiterplattenbohrer Frank Zschunke. Der Arbeiter war negativ aufgefallen, weil er ein Anti-